

Handelsblatt

Handelsblatt print: Nr. 109 vom 10.06.2021 Seite 010 / Politik

KLIMANEUTRALITÄT

Steigender CO2 - Preis sorgt bei Unternehmen für Existenzangst

Firmen fühlen sich in die Ecke gedrängt. Weitere Belastungen drohen, die Bundesregierung hat keine Lösung parat.

Klaus Stratmann Berlin

Als der Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung (WSM) seine Mitgliedsunternehmen vor einigen Monaten danach befragte, wie sie auf den CO2 - Preis reagieren würden, fielen die Antworten erschreckend aus. Sie reichten von "sofortigem Investitionsstopp" über "Personalabbau" bis zu "Verlagerung von Investitionen ins Ausland". Besonders deutlich war die Antwort einer Härterei aus NRW mit 75 Mitarbeitern: Man plane die Abwicklung des Unternehmens.

Betroffen sind aber nicht nur Metallverarbeiter. Der CO2 - Preis schwächt Unternehmen in verschiedenen Branchen. Er belastet Gießereien, Feuerverzinker, die keramische Industrie, Kunststoffverarbeiter und beispielsweise die Hersteller technischer Textilien, die als Filter in Industrieanlagen oder für Corona-Schutzmasken benötigt werden.

Die Große Koalition hatte den betroffenen Branchen zugesagt, die Zusatzkosten, die aus dem CO2 - Preis erwachsen, unter bestimmten Bedingungen zu kompensieren. Ziel sei es, die Abwanderung von Unternehmen wegen der CO2 - Kosten, im Fachjargon "Carbon Leakage" genannt, zu verhindern.

Doch der Entwurf der entsprechenden Carbon-Leakage-Verordnung aus dem Bundesumweltministerium ist aus Sicht vieler Unternehmen eine Riesenenttäuschung. Denn der darin vorgesehene Ausgleich ersetzt entweder nur einen geringen Teil der CO2 - Kosten - oder die Unternehmen bekommen gar nichts erstattet.

Die Verordnung ist noch nicht in Kraft getreten. Der Bundestag hat bis Ende Juni Zeit, Änderungen einzufordern. Äußert er sich nicht, tritt die Verordnung ohne Veränderungen in Kraft.

/// Verzerrung des Wettbewerbs // .

In den Koalitionsfraktionen deutet sich die Bereitschaft an, den betroffenen Unternehmen noch entgegenzukommen. "Für die SPD ist klar: Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft muss sichergestellt sein. Dazu ist ein effektiver Carbon-Leakage-Schutz nötig", sagte Bernd Westphal, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt.

Die Gefährdung von Arbeitsplätzen durch wettbewerbsverzerrende Belastungen sei kein theoretisches Problem, sagte Westphal. "Wenn Unternehmen aufgrund der mit Klimamaßnahmen verbundenen Kosten ihre Produktion in andere Länder mit weniger strengen Emissionsauflagen verlagern, ist dem Klima jedenfalls nicht gedient. Mit der Carbon-Leakage-Verordnung wollen wir das verhindern", sagte er.

Das Wirtschaftsministerium reagiert zurückhaltend: Man werde "die praktische Umsetzung der Verordnung eng begleiten und genau beobachten, ob es Änderungen bedarf", teilte das Ministerium auf Anfrage mit. Die Unternehmen beruhigt das nicht. Sie warten schon seit Monaten auf eine Lösung für ihre Probleme.

Der CO2 - Preis von 25 Euro je Tonne gilt seit Januar 2021 in den Sektoren Wärme und Verkehr. Er belastet beispielsweise die vor dem Aus stehende Härterei in NRW allein in diesem Jahr mit zusätzlichen Kosten von 250.000 Euro. Das entspricht 2,3 Prozent des Umsatzes. Da der Anstieg des CO2 - Preises auf 35 Euro für 2023 bereits gesetzlich geregelt ist, beläuft sich die Kostenlast für das Unternehmen 2023 auf 350.000 Euro.

/// Kaum Alternativen in Sicht // .

Fällig wird der CO2 - Preis für den Einsatz von Erdgas, das für die Prozesse der Härterei unverzichtbar ist. Alternativen hat das Unternehmen nicht. Strom kommt für Hochtemperaturprozesse, wie sie in Härtereien stattfinden, nicht in Betracht. Klimaneutralen Wasserstoff gibt es noch nicht, und das dürfte für einige Jahre so bleiben.

Geht es nach den Grünen, steigt der CO2 - Preis 2023 bereits auf 60 Euro. Für die Härterei in NRW bedeutete das zusätzliche Kosten von 600.000 Euro pro Jahr, was 5,7 Prozent des Umsatzes entspräche. Angesichts einer Durchschnittsrendite von drei bis fünf Prozent ist das nicht zu verkraften. Der CO2 - Preis gilt als entscheidendes Instrument, um auf dem Weg zur Klimaneutralität voranzukommen. Er verteuert den Einsatz fossiler **Energien** und macht den Einsatz von Strom, der mehr und mehr aus erneuerbaren Quellen kommt, attraktiver.

Die Einnahmen des CO2 - Preises werden zum Teil dafür eingesetzt, die Umlage nach dem **Erneuerbare-Energien**-Gesetz (EEG), die den Strompreis erheblich belastet, zu stabilisieren und perspektivisch sogar abzuschaffen. Die Firmen fühlen sich alleingelassen. "Die geplante Umsetzung der Carbon-Leakage-Verordnung steht in krassem Widerspruch zur Zusage der Großen Koalition, die Wirtschaft im Zusammenhang mit der CO2 - Bepreisung vor Wettbewerbsnachteilen zu schützen", sagte Hans-Toni Junius, geschäftsführender Gesellschafter des Stahlverarbeiters Waelzholz, dem Handelsblatt. Das international agierende Unternehmen mit 2300 Mitarbeitern hat seinen Stammsitz in Hagen.

Laut Junius summiert sich die Belastung durch den CO2 - Preis bei Waelzholz in den Jahren 2021 bis 2026 auf 15 Millionen Euro. Nach dem Entwurf der Carbon-Leakage-Verordnung ergibt sich für das Unternehmen eine Erstattung von 49 Prozent. "Wir bleiben also auf mehr als der Hälfte der Kosten sitzen", sagte Junius. "Uns war eine Erstattung auf dem Niveau der kostenlosen Zuteilung von Zertifikaten im Europäischen Emissionshandelssystem in Aussicht gestellt worden. Dieses Niveau liegt bei 85 Prozent. Davon sind wir weit entfernt."

/// Fragwürdige Kriterien // .

Die Carbon-Leakage-Verordnung greift dann, wenn ein Unternehmen einem der Sektoren zuzuordnen ist, die schon nach der Systematik des europäischen Emissionshandelssystems als Carbon-Leakage-gefährdet gelten.

Die Liste dieser Unternehmen kann auf Antrag ergänzt werden. Zu den Kriterien, die dazu erfüllt sein müssen, zählt eine bestimmte Handelsintensität. Die Handelsintensität erfasst den Anteil des Handels eines Unternehmens mit Drittstaaten außerhalb der EU.

Die Handelsintensität wird aber in verschiedenen Branchen statistisch nicht erfasst und lässt sich daher auch nicht belegen. Die Unternehmen haben daher keine Chance auf Kompensation.

Ohnehin ist das Kriterium der Handelsintensität fragwürdig. "Selbst wenn einer unserer großen Kunden in Deutschland sitzt, stehen wir als dessen Lieferant in direktem Wettbewerb mit Unternehmen aus Ländern innerhalb und außerhalb der EU. In den meisten dieser Länder gibt es keine vergleichbare CO2 - Bepreisung", sagte Waelzholz-Chef Junius.

Junius weiß, dass sein Unternehmen im Vergleich zu anderen Unternehmen der Branche noch vergleichsweise gut abschneidet. "Es gibt eine Reihe von Härtereien, Gießereien und Schmieden, die noch stärker betroffen sind als wir. In einigen Fällen ist der Fortbestand der Unternehmen gefährdet", sagt Junius. "Wenn diese Unternehmen aufgeben und die Produkte künftig aus China oder anderen Ländern kommen, untergräbt das die Basis unseres Wohlstands. Und dem Klimaschutz ist nicht gedient, weil die Produktion in anderen Teilen der Erde oftmals CO2 - intensiver ist als bei uns."

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft muss sichergestellt sein.

Bernd Westphal
SPD-Bundestagsfraktion

Stratmann, Klaus

Preissprung

CO₂-Preis in der EU
in Euro je Tonne*



HANDELSBLATT *CO₂-Äquivalent • Quelle: Bloomberg

Handelsblatt Nr. 109 vom 10.06.2021
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 109 vom 10.06.2021 Seite 010
Ressort:	Politik
Börsensegment:	org
Dokumentnummer:	CE05F3B4-6F58-4197-8FCA-9286432CD9F9

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_CE05F3B4-6F58-4197-8FCA-9286432CD9F9%7CHBPM_CE05F3B4-6F58-4197-8FCA-9286432CD9F9

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH